

Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2000
– Drucksachen 14/1400 Anlage, 14/1680, 14/1921, 14/1922, 14/1923, 14/1924 –**

**hier: Einzelplan 60
Allgemeine Finanzverwaltung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Kapitel 60 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird der Titel 133 01 – Einnahmen aus der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes und aus der Liquidation von Bundesunternehmen – um 6 000 000 TDM auf 9 500 000 TDM erhöht.

Berlin, den 23. November 1999

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Begründung

Mindestens 2 Mrd. DM wird der im Haushaltsjahr 1999 nicht realisierte Verkauf der Frankfurter Siedlungsgesellschaft, der Deutschen Ausgleichsbank, der Bundesanteile an den Flughäfen Hamburg und Köln/Bonn sowie der Bergarbeiterwohnungen in die Bundeskasse bringen. Die Erlöse aus der Veräußerung von Teilen der Deutschen Telekom AG, der Deutschen Post AG, der Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, der Deutschen Entwicklungs- und Investitionsgesellschaft mbH (DEG), der Bundesdruckerei GmbH, der Juris GmbH und der Bundeskavernenanlage Etzel sind weit unter dem Marktpreis angesetzt. Hinzu kommt der im Jahr 2000 zu erwartende Ertrag aus der Vergabe von Multimedia-lizenzen mit Erlösen in Milliardenhöhe, die im Einzelplan 60 vereinnahmt werden sollen.

Eine Festlegung dieses Titels auf 9 500 000 TDM bewegt sich an der unteren Grenze des zu erwartenden Verkaufserlöses.

